

Stadtplanung / Haushalt

Rat ö 31.08.2010

Städtebauförderung sichern (SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) (TOP 6 a)

Beratungsverlauf:

Herr Meier begründet den Antrag namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Er nimmt Bezug auf die Einzelheiten der schriftlich vorliegenden Begründung und macht deutlich, dass aus Städtebauförderungsmitteln äußerst vielfältige Maßnahmen gefördert werden können. Neben der Bewältigung von weiteren, für die Kommunen bedeutsamen Aufgabenstellungen haben die Städtebauförderungsprogramme arbeitsmarkt-, struktur- und konjunkturpolitische Wirkungen. Ihnen komme eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung zu. Sie stellen vor allem lokal und regional wirkende Konjunkturprogramme dar. Nach Angaben des deutschen Instituts für Wirtschaftsförderung ziehe jeder im Rahmen eines Städtebauförderungsprogrammes eingesetzte € weitere öffentliche und private Investitionen in Höhe von 17,00 € nach. Durch rückfließende Umsatzsteuer finanziere sich hiermit das Programm sozusagen selber. Er stellt dar, dass die beabsichtigte Kürzung der Städtebauförderungsprogramme insbesondere negative Auswirkungen auf dringend erforderliche Maßnahmen der energetischen Sanierung habe.. Er bittet eindringlich um Zustimmung zum Antrag der Fraktion von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, durch den an die Bundesregierung appelliert werden solle, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen.

Herr Dr. E. h. Brickwedde legt namens der CDU-Fraktion dar, dass zu diesem Sachverhalt eine weitestgehend übereinstimmende Sichtweise bestehe; aus diesem Grund sei man in der vorhergehenden Verwaltungsausschusssitzung über einen gemeinsamen Antragstext einig geworden, der wie folgt lauten soll: „Der Rat der Stadt Osnabrück sieht die Notwendigkeit, die Schulden auch im Bund zu verringern, appelliert aber an die Bundesregierung, das Ausmaß der Mittelkürzung bei der Städtebauförderung zurückzunehmen.“ Er erinnert an die Initiative des früheren Osnabrücker Ratsmitgliedes und Bürgermeisters Ferdinand Erpenbeck, der städtebaupolitischer Sprecher seiner Partei im Bundestag gewesen ist. Osnabrück sei eine der bundesweit ersten Modellkommunen im Rahmen der Städtebauförderung gewesen. Die Sanierung der Altstadt wäre ohne Städtebauförderung nicht möglich gewesen. Auch er hebt die konjunkturfördernde Wirkung der Städtebauförderungsprogramme hervor.

Abweichender Beschluss:

„Der Rat der Stadt Osnabrück sieht die Notwendigkeit, die Schulden auch im Bund zu verringern, appelliert aber an die Bundesregierung, das Ausmaß der Mittelkürzung bei der Städtebauförderung zurückzunehmen.“

Beratungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen. Der Beschluss wird einstimmig angenommen.

Antrag

Betreff: Städtebauförderung sichern

Beratungsfolge	Sitzungsdatum	Sitzungsart (NÖ/Ö)	TOP
Verwaltungsausschuss	31.08.2010	NÖ	
Rat der Stadt Osnabrück	31.08.2010	Ö	

Inhalt des Antrags:

Der Rat der Stadt Osnabrück appelliert an die Bundesregierung, die geplante radikale Kürzung der Städtebauförderung zurückzunehmen und begründet dies wie folgt ...

Begründung:

Durch die Gestaltung von Regionen, Städten, Quartieren und Gebäuden lassen sich Schadstoffausstoß und Ressourcenverbrauch erheblich reduzieren. Städtebauförderungsmaßnahmen stärken die Innenstädte und schaffen damit nicht nur Orte der Begegnung und Identifikation, sondern sie sorgen für eine Bündelung wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und politischer Funktionen. Verglichen mit Einkaufszentren und Kultureinrichtungen auf der grünen Wiese werden so Wege verkürzt und das Verkehrsaufkommen minimiert, was positive Folgen für Menschen und Umwelt hat. Programme wie der Stadtumbau sind dringend notwendig, um dem demografischen Wandel und dem Klimawandel gerecht zu werden.

Städtebauförderprogramme sind die Leitprogramme für Länder und Kommunen bezüglich der gesellschaftspolitischen Herausforderungen an Städtebau. Die Programme haben wertvolle Verfahrensinnovationen gebracht: die strategische ressortübergreifende und in Teilen auch stadregionale Herangehensweise an Problemlösungen mit hohen Anteilen von Bürgerbeteiligung und guter Governance. Die Städtebauförderung ist ein flexibles Instrument, um die jeweils aktuellen Herausforderungen zu meistern. Die Folgen der Mittelkürzungen wären Sanierungsstau und ein Verlust an Lebensqualität in unseren Städten. Wir brauchen nicht nur eine Verstetigung, sondern eine Erhöhung der für die Städtebauförderung zur Verfügung gestellten Gelder!

Die geplante Kürzung der Städtebaufördermittel birgt insbesondere erhebliche Gefahren für die Fortführung des Programms „Soziale Stadt“ in Osnabrück, das ein zentrales Teilsegment der Städtebauförderung darstellt. Die Fortführung der Gemeinschaftsinitiative „Soziale Stadt“ ist für Osnabrück außerordentlich wichtig, da diese der Tendenz entgegenwirkt, das ganze Stadt- und Ortsteile, infolge sozialräumlicher Segregation ins soziale Abseits abrutschen. Insbesondere bei dem „Rosenplatzgebiet“ handelt sich um einen hoch verdichteten, einwohnerstarken Stadtteil, der im Hinblick auf seine Sozialstruktur, den baulichen Bestand, das Arbeitsplatzangebot, das Ausbildungsniveau, die Ausstattung mit sozialer und stadteilkultureller Infrastruktur, die Nahversorgung sowie die Qualität der Wohnungen, des Wohnumfeldes und der Umwelt erhebliche Defizite aufweist.

Die von Dr. Peter Ramsauer, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, angekündigte Mittelkürzung von 305 Mio. Euro für die Städtebauförderung entspricht einer Halbierung der Bundesmittel. Dabei sind die Mittel schon jetzt zu knapp bemessen, um den Investitionsbedarf in der Stadtentwicklung zu decken. Das sagt auch der von der Bundesregierung vorgelegte Stadtentwicklungsbericht 2008, der bis 2013 einen jährlichen Investitionsbedarf in der Stadtentwicklung von 700 Mio. Euro als notwendig erachtet. Bereits aktuell fördert der Bund mit durchschnittlich 500 Mio. Euro jährlich also deutlich unterhalb des nötigen Investitionsniveaus.

Die angekündigte Mittelkürzung würde sich zudem noch verdoppeln oder verdreifachen, weil die Städtebauförderung durch Länder und Kommunen in der Regel komplementär mitfinanziert wird. Städtebauförderung stößt sowohl öffentliche als auch private Investitionen an und ist damit ein effektives, vor allem lokales und regionales, Konjunkturprogramm mit hohen branchenübergreifenden Multiplikatoreneffekten. Die mit der Städtebauförderung zusätzlich generierten Investitionen wären nicht mehr passgenau und würden

mindestens teilweise unterbleiben. Die mit der Städtebauförderung gebündelten Programmmittel wie ESF, EFRE und KfW Gebäudesanierung profitieren derzeit von den integrierten Handlungsansätzen. Auch hier wäre ein Synergieverlust zu erwarten.

Wir fordern die Bundesregierung auf in ihren Anstrengungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung insbesondere vor den großen Herausforderungen durch Klimawandel und demografischen Wandel nicht nachzulassen und Planungs- und Investitionssicherheit für die Kommunen und Unternehmen der Stadtentwicklung zu schaffen!

gez. Frank Henning

gez. Michael Hagedorn